



After Chernobyl. Potsdam: Projektgruppe „Politik und Gesellschaft nach Tschernobyl“, Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF), 07.04.2011-08.04.2011.

Reviewed by Anna Veronika Wendland

Published on H-Soz-u-Kult (May, 2011)

„Weltereignisse“ und globale Katastrophen sind ein zunehmend an Bedeutung gewinnender Gegenstand der transnationalen bzw. Globalgeschichte. Ihr akutes Geschehen ist anhand konkreter geografischer Koordinaten lokalisierbar, aber ihre Folge- und Fernwirkungen überwinden – oder unterlaufen – nationale und sogar kontinentale Grenzen oder verflechten weit voneinander entfernte Gebiete miteinander („glocalization“). Das vielleicht berühmteste Beispiel ist „Nine/Even“, ein in einer urbanen Topografie lokalisierbares traumatisches Ereignis mit weltweiten politischen und militärischen Folgewirkungen. Das jüngste ist die japanische Dreifach-Katastrophe aus Erdbeben, Tsunami und Reaktorunfall, welche in Tausenden von Kilometern Entfernung Landtagswahlen und energiepolitische Entscheidungen beeinflusste, aber auch einen Schub der Hilfsbereitschaft und des Nachdenkens über das Fremdartige in einer scheinbar ähnlichen, technologisch hochgerüsteten Gesellschaft – in diesem Falle der japanischen – auslöste.

Vor genau einem Vierteljahrhundert war die Reaktorkatastrophe im ukrainischen Tschernobyl, deren radioaktiver Fallout weite Teile Europas in Mitleidenschaft zog, ein solches Weltereignis. Der zunehmende zeitliche Abstand ermöglicht erste Versuche einer Historisierung. Als Veranstalter der Potsdamer Tagung hat sich die von der VolkswagenStiftung geförderte, am dortigen Zentrum für Zeithistorische Forschung angesiedelte Pro-

jektgruppe „Politik und Gesellschaft nach Tschernobyl“ dieses Ziel gesetzt und fragt nach den historischen Implikationen der Katastrophe, soweit sie an politischen Entscheidungen, zivilgesellschaftlichen Entwicklungen oder kulturellen Repräsentationen ablesbar sind.

Genau genommen wurde Tschernobyl nicht am 26. April 1986, sondern erst mit einer gewissen Verzögerung zum Weltereignis, denn anders als in Manhattan und Fukushima wurde das Unglück nicht in Echtzeit von Kameras und Tweets begleitet, sondern von lokalen Verantwortlichen und Moskauer Zentralbehörden tagelang beschwiegen. Weltweit aufmerksam darauf wurde man durch die Messung erhöhter Strahlenwerte in Skandinavien und militärische Satellitenaufnahmen. Das erste unscharfe Fernesehbild des zerstörten Reaktorgebäudes gab es erst eine knappe Woche nach dem Ereignis. Bald darauf aber wurde, wie insbesondere MELANIE ARNDT (Potsdam) und THOMAS BOHN (Gießen) in einführenden Überlegungen darlegten, „Tschernobyl“ zur Chiffre für ganz unterschiedliche Phänomene, die in den verschiedenen Sektionen der Tagung zum Tragen kamen: für die „normalen Unfälle“ Charles Perrow, *Normal Accidents: Living with High-Risk Technologies*, New York 1984, einer Großtechnik, die keine menschlichen Fehler verzeiht; für grenzüberschreitende ökologische Risiken und die Begrenztheit „nationaler“ (Gesundheits-)Politiken; generell für das Aufkom-

men der „Risikogesellschaft“ Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a.M. 1986. Gleichzeitig – und wesentlich näher am Unglücksort selbst – wurde „Tschernobyl“ zur Initialzündung für einen beispiellosen, aber nie linear verlaufenden Transformationsprozess im letzten globalen Imperium des 20. Jahrhunderts, der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten. MIROSLAV VANEK (Praha) zeichnete am tschechoslowakischen Beispiel nach, wie auf den Schock der Katastrophe und die „Glaubwürdigkeitskrise“ der Machthaber in den sozialistischen Staaten die Funktionalisierung des Unglücks als Reform-Hebel durch Oppositionelle folgte.

Der Reaktorunfall brachte vielen ost(mittel)europäischen Umweltinitiativen Zulauf, die aber größtenteils in den sich fast zeitgleich formierenden Bürgerrechts- und Unabhängigkeitsbewegungen aufgingen. Wie OLEKSANDER STEGNIY (Kiew) und ALIAKSANDR DALHOUSKI (Gießen) zeigten, sind insbesondere die postsovjeticischen Umweltbewegungen in der Ukraine und Belarus/Weißrussland trotz einiger Anfangserfolge im Vergleich zu ihren westlichen Pendanten strukturell schwach, sei es aufgrund der genannten Konkurrenz zu „umarmenden“ Nationalbewegungen, sei es infolge einer Renaissance staatlicher Repressionspolitik. Maßgeblicher Faktor sei aber auch die Zermürbung der Menschen im Kampf um basale Alltagsbedürfnisse, angesichts derer eine Energiewende sich für die Betroffenen als Luxusproblem darstelle. Hauptproblem in den Augen der belarussischen Tschernobyl-Opfer sei, so Dalhouski, heute nicht etwa der Weiterbetrieb oder Neubau von Atomanlagen, sondern die Versorgung mit medizinischen Dienstleistungen, die korrekte Zahlung der Invaliditätsrenten, die beruflichen Chancen und vor allem die Bereitstellung adäquaten Wohnraums in den städtischen Zentren – dem allbeherrschenden Problem auch 25 Jahre nach den Evakuierungen und 20 Jahre nach dem Ende der Sowjetunion.

Tschernobyl ist in seiner Wirkungsgeschichte ein transnationales Phänomen, das allerdings sowohl von historischen als auch von neueren nationalen Territorialisierungsformen überlagert wird. In Westeuropa demonstrierte die französische Regierung 1986 den Primat des Territoriums, als sie die radioaktive Wolke für ein Problem der Länder östlich des Rheins erklärte; erst auf Umwegen verschafften sich Gegenöffentlichkeiten gegen die „nucléocratie“ (den Atomfilz aus Politikern, Elitehochschul-Ingenieuren und staatlichem Stromkonzern) Gehör, wie KARENA KALMBACH (Florenz) darlegte. Die Tschernobyl-Opfer und „Liquidatoren“ leben heute in dutzenden neuer Staaten zwischen Vilnius und Magadan, doch ihre Erinnerungswelten, Bewältigungsstrategien und Forderungskataloge ähneln sich. Mehrere Beiträge, so neben Stegnyy und Dalhouski auch ANDREJ STEPANOV (Vilnius/Minsk), legten nahe, dass ihre Vernetzung durch die neuentstandenen Staatsgrenzen und die Multiplikation der staatlichen Souveräne, an die man sich appellierend wenden könnte, erschwert werde. Dies dürfte auch einer der Gründe sein, warum es keine zuverlässigen Gesamterhebungen über Opferzahlen und Folgeerkrankungen gibt.

Die Anstrengungen zur Eingliederung der Tschernobyl-Opfer oder zur Weiterentwicklung belasteter Regionen werden vor allem im nationalen Rahmen organisiert, was sich augenfällig auch auf den an den Ländergrenzen endenden Strahlungsbelastungskarten zeigt. In Weißrussland ist OLGA KUCHINSKAYA (Pittsburgh) zufolge dabei eine historische Abfolge verschiedener Phasen der Folgenbewältigung nachweisbar, die genuin auch mit politischen Entwicklungen, insbesondere mit der Renaissance des autoritären Staates unter Präsident Lukašenka, verkoppelt sind: Phasen des Verschweigens der Katastrophenfolgen wechselten sich ab mit Phasen der Offenlegung und Sichtbarmachung. Andrej Stepanov beschrieb den gegenwärtigen Kurs des Regimes als affirmativ-quietistisch: so würden die Unfallfolgen als überwindbar bezeichnet, belastete Gebiete zur Wie-

derbesiedlung vorbereitet, kritische Stimmen zur Tschernobyl-Politik mundtot gemacht und neuerdings auch der Bau eines (ersten) Atomkraftwerks nahe der litauischen Grenze betrieben.

Auf der ukrainischen Seite wiederum zeigt sich besonders augenfällig, wie nationale Territorialisierung und Internationalisierung Hand in Hand gehen: Auf einem erheblichen Teil der Unfallfolgekosten, die nicht nur mit gesundheitlichen Kosten und Gebietsverlusten, sondern auch mit der Sicherung des Ende 2000 endgültig stillgelegten AKW Tschernobyl zusammenhängen, sitzt heute der ukrainische Staat. Die Ökonomin LIUBOV ZHAROVA (Kiev) schätzt den Schaden, den Tschernobyl der ukrainischen Wirtschaft beibrachte, auf ca. 180 Milliarden US-Dollar. Gegenwärtig bemüht sich die Ukraine um eine Einbindung internationaler Akteure und Geldgeber in das Großprojekt einer Erneuerung der „Abdeckung“ für den Unglücksreaktor, während sie den Ausbau ihrer Kernenergiekapazitäten mit dem bewährten Partner Russland bilateral betreibt. „Noch einmal mehr als 500 Millionen Euro für Tschernobyl“, FAZ, 20.04.2011, S. 1

Auf der anderen Seite wuchsen infolge des Reaktorunfalls vielfältige zivilgesellschaftliche, fast ganz ohne staatliche Agentschaft auskommende Verbindungen insbesondere zwischen Weißrussland und der Ukraine sowie Deutschland und anderen europäischen Staaten auf dem Gebiet der humanitären Hilfe. MELANIE ARNDT (Potsdam) zeichnete am Beispiel der deutschen Tschernobyl-Kinderhilfsinitiativen die Verläufe dieser neu gewachsenen Verflechtungsgeschichte nach. Durch Reiseprogramme und Hilfstransporte seien vorher voneinander isolierte lokale Einheiten und Lebenswelten miteinander verbunden, Wissenstransfers jenseits staatlicher Kontrolle ermöglicht worden. In einer späteren Phase der Hilfsaktionen wurden diese vom Lukašenka-Regime als Gefährdung seiner Machtvollkommenheit identifiziert, was auch in verschärften Ausreiseregungen für weißrussische Kinder und Kri-

minalisierung von Initiativen resultierte. Allerdings habe der freie Informationsfluss zwischen deutschen, meist atomkritischen, oft christlich geprägten Aktivistenumilieus und weißrussischen Adressaten humanitärer Hilfe nicht zu einem generellen Umschwung der Haltung zur Atomwirtschaft in den am meisten von der Katastrophe betroffenen Gebieten geführt.

Im Schlepptau von organisierten sozialen Engagements vor Ort bilden sich auch neue Formen des Umgangs mit Behinderung und neue Rollenvorstellungen und Selbstermächtigungsformen von Behinderten, wie der Beitrag von SARAH D. PHILLIPS (Bloomington) nahe legte. Das gleiche gilt für die massive Transformation von Vorstellungen über Bürgerrecht und Bürgerrolle. Wie EVGENIA IVANOVA (Vilnius/Minsk/Oxford) zeigte, kamen auch die geschlechtlichen Konstrukte von Bürgerrecht und -rolle nach dem Unfall in Bewegung: so seien vor allem die traditionell zugewiesenen Geschlechterrollen im Reproduktionsprozess physisch (durch Strahlungsrisiken) und sozial (durch Arbeitslosigkeit, eingeschränkten Ressourcenzugang, Diskriminierung wegen angeblich geschädigter Zeugungs- bzw. Empfängnisfähigkeit) infragegestellt. Auf der anderen Seite wüchsen gerade Frauen auch neue Rollen zu, so beim zivilgesellschaftlichen Engagement im Kampf für die Gesundheit ihrer Kinder.

Gleichzeitig – ein Paradox dieser Geschichte nicht nur atomarer Zerfallsprozesse – war die „Liquidierung“ der „Havarie“ die letzte große, von Zwang, aber auch von Mut und Pflichtgefühl regierten Gemeinanstrengung einer als Geschichtssubjekt zwar beständig imaginierten, aber so nie existenten „Sowjet“bevölkerung, die wiederum spezifische Repräsentationsformen hervorbrachte. Ivanova und auch TATIANA KASPERSKI (Paris/Vilnius/Minsk) gaben mit gender-sensiblen Ansätzen instruktiven Einblick in die noch stark von sowjetischen Visualisierungs- und Kriegserinnerungs-Strategien geprägten Repräsentationsformen der Katastrophenbewältigung insbesondere

in der (Dokumentar-)Fotografie und der Denkmals- und Erinnerungskultur: der brennende Reaktor als Kriegsgegner, die Männer als soldatische Aufräumer, die Frauen als Mütter, Ehefrauen, (Kranken-)Schwestern hinter der Front. Weniger thematisiert wurde in den Referaten, dass diese in der Sowjetunion nach 1945 eingeübt und in der Krise reaktivierten Deutungsmuster und Bildprogramme in einem gewissen Spannungsverhältnis zu den zum Zeitpunkt des Unfalls herrschenden Geschlechterbedingungen beim Betrieb und Bau von AKWs standen: Letztere waren und sind in Russland und der Ukraine durchaus keine reinen Männerveranstaltungen. In den Atomindustrien der sowjetischen Nachfolgestaaten Russland und Ukraine ist rund ein Viertel der Beschäftigten weiblich. Der Löwenanteil entfällt auf den Verwaltungs- und Managementsektor, aber der Anteil der weiblichen Beschäftigten in technischen Berufen liegt höher als in westlichen Ländern. *Krisis genderu ne pomecha*, in: *Novyny ČAES* 9 (1095), 23.06. 2010, S. 7.

Generell wurde offenbar, welch großer Forschungsbedarf noch auf dem Gebiet der Visuellen Geschichte Tschernobyls bzw. der Geschichte Tschernobyls als kultureller Repräsentation besteht. Ist die Fotografie aus dem verlassenen Prypjat – die in einigen Vorträgen eher illustrativ eingesetzt wurde – Dokumentation oder Neo-Vanitas-Kunst? Waren die Strahlungsbelastungskarten lang verheimlichte, dann an die Öffentlichkeit kommende glaubhafte Medien der „Sichtbarmachung“ oder ihrerseits von Misstrauen begleitete, ausschnittshafte Wirklichkeitskonstrukte? Welchen Transformationen unterlag die jahrelang eingeübte und allgegenwärtige Visualisierung des „friedlichen Atoms“ in Osteuropa (in Plakaten, Filmen, Städtebau) nach der Katastrophe? Wie bestimmen fortbestehende Vorstellungen von Systemgrenzen unsere Repräsentationen von „Opfern“ und „Helden“? Offensichtlich gelten die Katastrophenhelfer freiheitlicher Gesellschaften wie die „Fukushima 50“ deswegen als Helden, weil wir ihnen eine Entscheidung aus freien Stücken

unterstellen – wider besseres Wissen von der Rolle der Sub-Sub-Unternehmens-Leiharbeiter in den „heißen“ Zonen der westlichen Atomindustrien. Dagegen wurden die Feuerwehrleute, Helikoptermannschaften und Bauarbeiter, die den vierten Reaktorblock von Tschernobyl versiegelten, lange Zeit als willenlose Verfügungsmasse eines Zwangssystems und nicht als Subjekte eigener Entscheidungen wahrgenommen. Erst seit kurzem stellt man sich ihnen als individuellen historischen Akteuren. Rüdiger Lubricht / Astrid Sahn: *Verlorene Orte, gebrochene Biografien*. Dortmund 2011

Gerahmt wurde die Tagung von zwei öffentlichen Veranstaltungen, die sich – noch ganz unter dem Eindruck der japanischen Katastrophe – der Bedeutung von Katastrophen für spezifische Felder der Geschichtsforschung widmeten. Ein Podium über neuere Entwicklungen der Umweltgeschichte diskutierte vor allem über die präzise Definition der „menschengemachten“ bzw. „Naturkatastrophe“; TeilnehmerInnen und Plenum kamen zu dem Einvernehmen, dass – ähnlich wie in der transnationalen Geschichte, welche die Nation transzendiert, ohne auf sie als Referenzgröße verzichten zu können – auch die „Naturkatastrophe“ nur eine sei, weil der Mensch sie als solche konzeptualisiere. Die Vorstellung einer „Natur“ als vom Menschen getrennt denkbaren Systems sei ohnehin problematisch: Der Mensch als Teil und Konstituens der „Natur“ sei extrem präsent in jenen hochverflochtenen Natur- und Menschheitskatastrophengeschehen, die durch eine beständig zunehmende menschliche Siedlungs- und Wirtschaftsaktivität in Risikoregionen historisch erst ermöglicht wurden. Dabei stets begleitet vom „foolish...enlightenment belief that we can control nature“, wie PAUL R. JOSEPHSON (Waterville/Maine) bemerkte. Unter „Natur“ falle dabei durchaus auch der natürliche Eigensinn des spaltbaren Materials in menschengemachten Maschinen.

In abendlichen keynote lectures, eingeleitet durch ein Grußwort von Staatssekretär Martin Gorholt (Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Brandenburg), ging es um Tschernobyl als Faktor in der deutschen und europäischen Zeitgeschichte. MELANIE ARNDT (Potsdam) beschäftigte sich mit der Rezeption des Reaktorunfalls in den beiden deutschen Staaten und den West-Ost-Transfers von Wissen über die Katastrophe. MARTIN SABROW (Potsdam) ging der Frage nach, inwieweit „Tschernobyl“ als zeit-historische Zäsur taugte, ob also „1986“ gegen „1989“ antreten könne. Mit Blick auf die deutsche Entwicklung verwies er darauf, dass Tschernobyl nicht nur den Vertrauensverlust in großtechnische Lösungen des Energieproblems markiere. Vielmehr habe es auch den Anfang vom Ende des Glaubens an „Staat“ und „Gesellschaft“ – den in unterschiedlicher Verkleidung agierenden dominierenden historischen Faktoren des 19. und 20. Jahrhunderts in Ost wie West – als Regulative der sich akkumulierenden ökologischen Probleme bedeutet. Tschernobyl markiere so gesehen den Beginn des Zeitalters des Individuums und seines kollektiven Akteuren gegenüber formulierten Anspruchs auf Freiheit als Freiheit von ökologischen Belastungen. In der Sowjetunion wiederum habe Tschernobyl das Ende einer spezifischen, durch Weltkrieg und industriellen Aufbau gespeisten „Stolzkultur“ eingeläutet – als Vorbote des Untergangs des Imperiums, wenn man so will.

Sabrows Urteil mag man für den deutschen Fall folgen; betrachtet man aber die Kernlande der Tschernobyl-Katastrophe, so ist doch einige Skepsis geboten. Hier herrscht nach dem ökonomischen Wiederaufschwung der Nullerjahre und unter dem Eindruck der Weltklimadebatte wieder ein weitgehend ungebrochenes Vertrauen in die Sicherheit und Wirtschaftlichkeit der Kernenergie (deren Katastrophenkosten nicht in den Bilanzen der staatseigenen Atomfirmen auftauchen). Spezi-fisch für diese Länder – dies auch der bleibende Eindruck von vielen Tagungsbeiträgen – ist eine Wahrnehmung „Tschernobyls“ als vermeidbare

(nationale) Tragödie infolge menschlichen und auch politischen Versagens, die aber letztlich nicht auf technik-immanente Fehlentwicklungen zurückgeführt wird.

Darüber hinaus wirkt hier die Kernenergie-wirtschaft nach wie vor als Generator einer weitgehend unangefochtenen Lebenswelt mit spezifischen Urbanitätsformen, die ganzen Regionen ihren Stempel aufdrückt. Während die „Geisterstadt“ Prypjat als Emblem der Tschernobyl-Katastrophe zu trauriger Berühmtheit gelangt ist, führen in den Atomstrom-Exportstaaten Ukraine und Russland die BewohnerInnen anderer „Atomstädte“ ein Leben wie in Prypjat vor der Katastrophe, von den dort obligatorischen Denkmälern und Gedenktagen für die Tschernobyl-Liquidatoren einmal abgesehen. Kommunen wie Energodar (AKW Zaporizžja, Ukraine), Netišyn (AKW Chmelnyč'kyj, Ukraine), Kuznecovs'k (AKW Rivne, Ukraine) oder Desnogorsk (AKW Smolensk, Russland) schreiben den von Sabrow zu Grabe getragenen „Sowjetstolz“ als Stolz auf die nationalen Energiewirtschaften in die Jetztzeit fort. Vgl. Selbstdarstellungsformen und Bildmaterialsamm-lungen auf den Webseiten der genannten Betriebe und Städte, <http://www.chnpp.gov.ua>, <http://www.slavutich.kiev.ua> (AKW Čornobyl'/Slavutyč), <http://www.xaes.org.ua> (AKW Chmel'nyč'kyj/Netišyn), <http://www.npp.zp.ua> (AKW Zaporizžja / Energodar), <http://www.rnpp.rv.ua> (AKW Rivne / Kuznecovs'k), <http://www.snpp.rosenergoatom.ru> (AKW Smolensk / Desnogorsk). Diese Beobachtung deckt sich mit der Feststellung von LEONARDAS RINKEVIČIUS (Kaunas) über den „pro-nuclear nationalism“ in weiten Kreisen der litauischen Bevölkerung, die sich mit dem einzigen, aber ein-träglichen Atomkraftwerk Ignalina arrangiert habe. Nach der EU-kommandierten Stilllegung der Reaktoren vom (auch in Tschernobyl eingesetzten) RBMK-Bautyp dränge man nun auf einen Ersatzbau am selben Standort.

Hält man sich diese Beobachtungen vor Augen, ist zu konstatieren, dass hinsichtlich des

Ideologietransfers einer Ost-West-Verflechtungsgeschichte im Schatten der Tschernobyl-Wolke offensichtlich doch gewisse kulturell und ökonomisch definierte Grenzen gesetzt sind. Gleichwohl hat die Tagung auf vielen Gebieten wichtige Impulse gesetzt: Sie steht für eine neuartige, transdisziplinär argumentierende Historisierung der Tschernobyl-Katastrophe. Nicht minder bedeutend ist die – auch für das rahmende Forschungsprojekt charakteristische – einmalige Erhebungsdichte aus belarussischen Materialien. Diese waren bisher in der Wahrnehmung der Katastrophenfolgen unterbelichtet, da das Denken in Nationalstaatsgrenzen „Tschernobyl“ trotz seiner Grenzlage im ukrainisch-weißrussisch-russischen Dreiländereck vor allem als Thema der ukrainischen Geschichte definiert hat. Dem transnational-vergleichenden Anspruch ist die Tagung durch die Berücksichtigung der unterschiedlichsten Länderperspektiven und verflechtungshistorischer Ansätze in vollem Umfang gerecht geworden. Sie hat dabei die am unmittelbarsten Betroffenen als Subjekte einer neuen (Um-)Weltgeschichte in den Fokus gerückt, ohne dabei die Einwirkungen jeweils spezifischer Territorialisierungsprozesse auf historische Verläufe der postkatastrophalen Epoche außer acht zu lassen.

Tagungsübersicht:

Panel I Civil Societal Mobilization Processes After Chernobyl: Environmental and Civil Rights Movements

Chair: Jürgen Danyel (Centre for Contemporary History Potsdam (ZZF))

Miroslav Vanek (Institute of Contemporary History, Prague): Chernobyl – a Crisis of Credibility: Relations Between the Regime and Society in Czechoslovakia in the late 80s

Aliaksandr Dalhouski (Department of History, Justus-Liebig University Giessen): Belarus After Chernobyl: Material Compromise under the Conditions of the Temporary Democratization

Melanie Arndt, (Centre for Contemporary History Potsdam (ZZF): Children of Chernobyl and their German Parents. Civil Society Commitment in Belarus After Chernobyl.

Discussant: Jan C. Behrends (Centre for Contemporary History Potsdam (ZZF)).

Panel II Civil Societal Mobilization Processes After Chernobyl: National Movements

Chair: Thomas Bohn (Justus-Liebig University, Giessen)

Olexander Stegniy (Centre SOCIS Institute of Sociology, National Academy of Sciences of Ukraine, Kiev): The Environmental Movement in Ukraine: Historical Retrospective and Current State

Leonardas Rinkevičius (Department of Sociology, Kaunas University of Technology): 25 Years After Chernobyl: Tracing the Impact of Social Trauma on Public Risk Perceptions and Policy Change

Discussant: Alexandra Goujon (Faculty of Law and Political Science, University of Bourgogne, Dijon)

Panel III Gender and Biological Citizenship After Chernobyl

Chair: Stefan-Ludwig Hoffmann (Centre for Contemporary History Potsdam (ZZF))

Evgenia Ivanova (Centre for Gender Studies, European Humanities University, Vilnius/Minsk): Gender Analysis of Post-Chernobyl Citizenship

Sarah D. Phillips (Anthropology Department, Indiana University, Bloomington): Disability, Reproduction, and Mobile Citizenship in Post-Socialist Ukraine

Discussant: Elena Gapova, Department of Sociology, Western Michigan University / European Humanities University Vilnius / Minsk

Public Keynote Lectures

Martin Sabrow, Director of the Centre for Contemporary History Potsdam (ZZF): Tschernobyl als Zäsur

Melanie Arndt, Centre for Contemporary History Potsdam (ZZF): Tschernobyl. Auswirkungen und Perzeptionen im deutsch-deutschen Vergleich

Panel IV Memories and Representations of Chernobyl

Chair: Patryk Wasiak, Centre for Contemporary History Potsdam (ZZF)

Tatiana Kasperski (Sciences Po, Paris; Department of Political Science, European Humanities University, Vilnius/Minsk): Chernobyl's Aftermath Through Political Symbols, Monuments and Rituals: Framing, Remembering and Forgetting the Disaster in Belarus

Karena Kalmbach (European University Institute, Florence): The Cloud that Stopped at the Border. The French Debate on the Impact of Chernobyl

Olga Kuchinskaya (Department of Communication, University of Pittsburgh): Waves of Chernobyl InVisibility in Belarus

Discussant: Astrid Sahn (International Educational and Conference Centre (IBB), Minsk)

Panel V Politics, Policies and Economy After Chernobyl

Chair: Ralf Ahrens (Centre for Contemporary History Potsdam (ZZF))

Andrej Stepanov (European Studies Program, European Humanities University, Vilnius/Minsk): From Scientific Reversibility to Political Lock-in: Chernobyl and Nuclear Discourses in Belarus

Liubov Zharova (Institute of Environmental Management and Sustainable Development National Academy of Sciences of Ukraine, Kiev): Indirect Economical Losses from Chernobyl Catastrophe: 25 Years After

Discussant: Nicholas Watts (Faculty of Applied Social Sciences, London Metropolitan University)

Panel Discussion New Approaches to the Research of Disasters: Perspectives of Environmental History

Chair: Dorothee Brantz, Centre for Metropolitan Studies, Technische Universität Berlin

Introductory note: Melanie Arndt, Centre for Contemporary History Potsdam (ZZF)

Discussants: Marc Elie (National Center for Scientific Research, Paris / Rachel Carson Centre, Munich); Paul R. Josephson (History Department, Colby College); Franz-Josef Brüggemeier (History Department, Freiburg University)

If there is additional discussion of this review, you may access it through the network, at <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/>

Citation: Anna Veronika Wendland. Review of *After Chernobyl*. H-Soz-u-Kult, H-Net Reviews. May, 2011.

URL: <https://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=33228>



This work is licensed under a Creative Commons Attribution-Noncommercial-No Derivative Works 3.0 United States License.